

Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Die Umsetzung der Volksinitiative "200 000 Franken sind genug" ist unverzüglich auf Beginn der Legislatur 2005 umzusetzen!

Dass die gemäss Volksinitiative tiefer festgesetzten Löhne des Gemeinderats erst ab 2007, und dies erst noch gestaffelt bis ins Jahr 2010(!) eingeführt werden sollen, ist von einem grossen Teil der Bevölkerung schlicht nicht mehr nachvollziehbar und hat einen entsprechenden Ent-rüstungssturm bisher unbekanntem Ausmasses ausgelöst. Die vom Gemeinderat eigenmächtig beschlossene Massnahme wird als Frechheit gegenüber dem Volk empfunden, umso mehr im gleichen Entscheid ungewohnt rasch und unbürokratisch der Lohn des zukünftigen Stadt-präsidenten um 20 000 Franken jährlich angehoben wird.

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verlangen, und dies mit Recht, dass der Volkswille umge-setzt wird, und zwar subito!

Da der momentane (noch) Gemeinderat weder fähig noch willens scheint, diesen neuerlichen Affront gegenüber der Bevölkerung zu korrigieren, drängt sich die Forderung dieser Motion auf:

Der Gemeinderat wird hiermit beauftragt, den Volkswillen endlich ernst zu nehmen und die Initia-tive "200 000 Franken sind genug" ohne jede weitere Verzögerung und Hinhaltetaktik gegenüber Bevölkerung und Parlament auf Beginn der kommenden Legislatur einzuführen.

Begründung der Dringlichkeit:

- Die hohe Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufgrund des Entscheids des Gemeinderats ist ernst zu nehmen und erfordert ein rasches Handeln.
- Die neue Legislatur 2005 steht mit nur noch rund drei Monaten bereits kurz vor der Tür und erträgt somit diesbezüglich auch keine weiteren künstlichen Verzögerungen.

Bern, 14. Oktober 2004

Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD)

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat den Auftrag erteilt, ihm innert kurzer Frist eine Vorlage zu unterbreiten und anschliessend eine Vernehmlassung bei den Parteien und den Sozialpartnern durchzuführen. Er wird die Vorlage vor den Sommerferien 2005 zuhanden der vorberatenden Kommission und des Stadtrats verabschieden.

Eine Inkraftsetzung der zu revidierenden Bestimmungen auf den Beginn der Legislatur 2005 – 2008 ist nicht mehr möglich. Die Motion muss abgelehnt werden, weil sie nicht mehr erfüllbar ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 5. Januar 2005

Der Gemeinderat